



DEUTSCHER
LANDKREISTAG

P R E S S E M I T T E I L U N G

v o m 2 8 . 9 . 2 0 2 3

Widerstand erfolgreich: Bund lässt U25-Reform fallen

Der Deutsche Landkreistag hat mit Erleichterung auf die Ankündigung des Bundesarbeitsministeriums reagiert, den Wechsel der Betreuung junger Menschen unter 25 Jahren von den Jobcentern zu den Arbeitsagenturen nicht weiterzuverfolgen. Danach wären Jugendliche und junge Erwachsene im Bürgergeld aus ihren bewährten Unterstützungsstrukturen herausgerissen worden, um im Bundeshaushalt Einsparungen zu erzielen. Präsident Reinhard Sager sagte: „Diese Entscheidung ist eine richtige. Richtig für die jungen Menschen und richtig für die Hilfe und Beratung vor Ort. Wir danken den Jobcentern, Ländern, Verbänden und allen anderen Akteuren, die mit uns gegen diese Pläne auf die Barrikaden gegangen sind. Unsere Argumente haben überzeugt.“

Das Bundesministerium sah sich nach einer monatelangen Welle der Kritik aus allen Richtungen veranlasst, die ursprünglichen Überlegungen zur Betreuung Hunderttausender junger Arbeitsloser fallenzulassen. Um im Bundeshaushalt gleichwohl 900 Mio. € einzusparen, sollen die Arbeitsagenturen künftig zuständig werden, wenn Bürgergeld-Beziehende eine Weiterbildung oder eine berufliche Rehabilitation erhalten.

„Diesen Vorschlag prüfen wir nun. Eine solche Aufgabenverlagerung wäre jedenfalls besser als die U25-Reform, die vor Ort großen Schaden angerichtet hätte“, so Sager. Die kommunalen Netzwerke müssten zum Wohle der Jugendlichen und jungen Erwachsenen unbedingt erhalten bleiben. „Das scheint nun gesichert.“

Die kommunale Verankerung dieser sozialen Arbeit sei der entscheidende Erfolgsfaktor. „Die frühzeitige und individuelle Förderung ist wichtig, um die Jugendlichen und jungen Erwachsenen eng zu begleiten. Die Jobcenter haben aufgrund ihrer höheren Kontaktdichte und intensiveren Betreuung den besseren Zugang zu den Menschen. Ihre Arbeit ist mehr denn je Sozialarbeit.“